

gesagt Schmerzensgeld im Sinne des Artikels 445 unserer BGB.

Dr. László Trocsányi /Institut für Staats und Rechtswissenschaften, Budapest

Die völkerrechtlichen Dokumente und auch die inneren Normen, die sich auf den Umweltschutz beziehen, gehen im allgemeinen von der Konzeption aus, dass der Gegenstand des Umweltschutzes zwar die Umwelt in ihrer Gänze und nicht nur einzelne schutzbedürftige Gebiete der menschlichen Umwelt erfasse, fallen die Arbeitsstätte doch ausserhalb des Schutzbereiches, da sie den Gesundheits- und Arbeitsschutzregeln unterliegen. Das ist der Standpunktauch unseres Gesetzes über den Schutz der menschlichen Umwelt.

Diese Konzeption scheint einfach zu sein, in der Tat ist aber die Frage ziemlich kompliziert. Fasst man die Normen ins Auge, die hinsichtlich des Schutzes der Arbeitsstätte in Frage kommen, so kann man sie in erster Linie nach dem Gegenstand der Regelung gruppieren. Es gibt regeln, die jedem Arbeitsplatz gegen die verschiedensten Schadwirkungen einen minimalen Schutz sichern. Das sind gewöhnlich die Normen der Arbeitshygiene. Andere wollen nur gegen gewisse Kategorien der Schadwirkungen einen Schutz bieten. Unter diesen können entweder solche sein, deren Aufgabe der Schutz gegen Schadwirkungen bestimmter Industriezweige /z.B. Bergbauindustrie/, oder nur gewisser Arbeiten /z.B. Caissonarbeiten/ ist. Wieder andere beziehen sich auf die Manipulierung mit gewissen Materialien /z.B. Benzol/, oder auf bestimmte Typen von Gefahren /z.B. Schadwirkungen durch radioaktive Strahlen/. Die Massnahmen gegen Luftverschmutzung, Lärm, Erschütterungen können sowohl generelle wie auch spezielle Formen enthalten.

Die auf die Schadwirkungen in Arbeitsstätten bezüglichen Regeln können sich auch nach der Art der Schadwirkung

voneinander unterscheiden. Der Schutz gegen chemisch schädliche Materialien kann z.B. in Normen folgender Typen erfasst sein: a/ Normen, die den Gebrauch eines gegebenen Materiale verbieten oder seinen Ersatz durch ein anderes Material vordnen; b/ Normen, die die Menge solcher Materialien in Mixturen und Konzentrationen limitieren; c/ Normen, die in den Arbeitsstätten die Zulässigkeitsgrade bestimmten; d/ technische Preventionsnormen.

Man kann die Normen auch danach unterscheiden, ob sie den Werkstätigen einen individuellen oder kollektiven Schutz sichern. Bestimmungen, die den Werkstätigen einen individuellen Schutz bieten, verpflichten der Arbeitgebern, seinen Werkstätigen geeignete Schutzkleider, Schutzmasken und andere Schutzmittel zur Verfügung zu stellen, falls die Verschmutzung den Zulässigkeitsgrad überschreitet. Einen kollektiven Schutz gewähren diejenigen Regelungen, die eine abgekürzte Arbeitszeit, Zusatzurlaub, Altersbegünstigung usw. Werkstätigen ermöglichen, die unter ungünstigen Arbeitsbedingungen tätig sind.

Es gibt Regeln, die a priori bestimmte Verpflichtungen konstituieren und in denen die Prevention im Vordergrund steht. Bei anderen liegt der Schwerpunkt a posteriori auf den Sanktionen.

Die vorliegenden Regelungen können auch so klassifiziert werden, dass sich ein Teil der Regelungen direkt, während der andere Teil nur indirekt d.h. im Zusammenhang mit einer gewissen Tätigkeit mit dem Umweltschutz beschäftigt.

Im Sinne der erwähnten Konzeption stellt die Geltendmachung all dieser Normen keine Umweltschutzproblematik dar. Genaue gesagt sollten diese Normen bei den einzelnen Arbeitsstätten so zur Geltung kommen, dass daraus kein Umweltschutzproblem entsteht. Sollten sich aber infolge der nicht genügenden Geltung der Arbeitsschutz- oder arbeitshygienischen Vorschriften bei den Arbeitsstätten trotzdem ungünstige Auswirkungen ergeben - und das ist meistens der Fall - , dann treten die

Sanktionen des Normensystems für Umweltschutz in den Vordergrund.

Obwohl diese Konzeption aus normativen Gründen gewiss ihre Daseinsberechtigung hat, ist es unvermeidlich, dass sich auch bei diesem Ausgangspunkt der Regelung einige Fragen ergeben. Unserer Meinung nach genießen nur einen indirekten Schutz Arbeitsstätte, die neben einem Betrieb stehen, der in seiner Umwelt Schädwirkungen wie Lärm, Geruch, Staub usw. verursacht, sie selber aber weder vom Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes, noch des Umweltschutzes aus Anstände machen. So z.B. wenn neben einem Betrieb, der durch seinen Lärm den erlaubten Schallpegel überschreitet, ein Projektbüro oder ein Forschungsinstitut seine Tätigkeit ausübt, haben die hier arbeitenden Werk tätigen laut Umweltschutzvorschriften keinen Anspruch auf Schutz, da sich die Geltung dieser Vorschriften auf sie nicht erstreckt, die Arbeitsschutzvorschriften aber infolge der dortigen stillen und sauberen Arbeit praktisch nicht in Frage kommen. Das Projektbüro kann gegen den den Lärm verursachenden Betrieb verwaltungsrechtliche Mittel in Anspruch nehmen - das ist, was ich unter indirektem Schutz der Werk tätigen verstehe -, sie selber können aber keine Schritte einleiten, da der Geltungsbereich des Gesetzes über den Umweltschutz das innere Leben der Betriebe nicht erfasst.

Auch im oben erwähnten Beispiel werden verschiedene Rechtsfolgen eintreten. Falls der Werk tätige in seinem Betrieb, wo der Lärm den erlaubten Schallpegel, die erlaubte maximale Stufe überschreitet, das Gehör ganz oder zum Teil verliert, wird seine Krankheit als Berufskrankheit qualifiziert. Dagegen wird dieselbe Gehörstörung der in der nächsten Nähe dieses Betriebes arbeitenden Werk tätigen oder wohnenden Bürger im Spiegel der Sozialversicherung ganz anders qualifiziert. Der Werk tätige des Projektbüros kann natürlich gegen seinen eigenen Arbeitgeber nicht auftreten, da seine Krankheit keine Berufskrankheit ist und aus einem unabwendbaren Grund /Lärm des Nachbarbetriebs/ entstand, der aber ausserhalb

des Betätigungsbereiches des Büros fällt. Eine andere Frage ist, ob durch Mittel des Umweltschutzes die Schädwirkungen dem Projektbüro gegenüber nicht abwendbar gewesen wären. Die in der Umgebung arbeitenden Bürger sind noch in einer günstigeren Lage, da sie mit Besitzstörungsklage oder falls sie materielle Schäden erlitten haben, mit Klage auf Schadenersatz auftreten können.

Die Frage hat aber noch einen allgemeineren Aspekt, nämlich das Problem der gegenseitigen Harmonie zwischen Umweltschutz-, Arbeitsschutz- und arbeitshygienischen Vorschriften. Das ist deswegen wichtig, da wir mit derselben Verschmutzungsquelle - hauptsächlich in Grosstädten, aber auch anderswo - sowohl in der Umwelt, wie bei den Arbeitsstätten zu tun haben. Dasselbe Produkt kann sowohl für den Produzenten, wie für den Konsumenten giftig sein. Wie wir schon gesehen haben, können die Arbeitsstätte nicht nur den mit der Arbeit zusammenhängenden Schädwirkungen, sondern auch äusseren Schädwirkungen /Staub, Lärm, Erschütterungen usw./ ausgesetzt sein, was aber auch umgekehrt gilt, da der Betrieb einen Teil seiner schädlichen Nebenprodukte der Umwelt überliefert. Mit allen diesen Problemen beschäftigt sich auch schon die Internationale Arbeitsorganisation /Bureau International du Travail/ und verwies darauf, dass die Bekämpfung der Schädwirkungen in den Arbeitsstätten zur Lösung des totalen Umweltschutzproblems beiträgt; und umgekehrt, der Kampf gegen die allgemeine Verschmutzung kann eine befriedigende Wirkung auf die Gestaltung der Umstände am Arbeitsplatz ausüben. Die Arbeitsstätte sind organische Teile der Umwelt und so sind die Schädwirkungen bei den Arbeitsstätten mit jenen im Zusammenhang zu beurteilen, die ausserhalb der Arbeitsstätte wirken.

Diese These wird besonders klar, wenn man die Arbeit auf der freien Luft vor Augen hält. Hierher gehören hauptsächlich die landwirtschaftlichen Arbeiten. So stellen die Schädwirkungen der Arbeitsstätte /z.B. Chemikalien/ gleichzei-

tig auch für die Umwelt Schädwirkungen dar, gerade so, wie die letzteren /z.B. klimatische Faktoren/ zugleich als Schädwirkungen der Arbeitsstätte anzusehen sind.

Unserer Meinung nach müssen die Arbeitsschutzvorschriften, die Vorschriften der Arbeitshygiene ihren traditionellen Rahmen überschreiten, und so viele Umweltschutzbestimmungen wie nur möglich in sich integrieren. Eine Möglichkeit dazu wäre die Erlassung eines Statutes, das die Betriebe auf Einzelheiten eingehend verpflichtet, die Arbeitsstätte mit Fenstern zu versehen, die eine Sichtverbindung nach aussen haben; Sorge dafür zu tragen, dass in den Arbeitsstätten die Gase, Dämpfe, Geruch usw. die erlaubte Quantität nicht überschreiten, sich nicht ansammeln; zum Schutz gegen Lärm und Erschütterungen maximale Toleranzgrenzwerte festzustellen; zu verordnen, dass in den Räumen der Arbeitsstätte für jeden ständig anwesenden Werktätigen ein Mindestluftraum gesichert sein soll. Das Statut sollte also im allgemeinen zur Beseitigung all jener Faktoren beitragen, die die Belastung der Werktätigen erhöhen. Das würde gewiss auch zur Verminderung der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten beitragen. Gleichzeitig hat man um geeignete Garantien zu sorgen, dass jene Regelungen, die die Bedingungen der gesunden und sicheren Arbeitsleistung fördern, eingehalten werden, jene Regeln mitinbegriffen, die für den Fall ihrer Verletzung für die Praxis disziplinarische und materielle Verantwortlichkeit normieren.

Der jüngst abgestorbene slowakische Gelehrte, Akademientglied Stefan Luby, der für das in Trenčianske Teplice 1975 stattgefundene internationale Symposium zum Umweltschutz das Hauptreferat zusammengestellt hat, warf in einer seiner Studien die Frage der de lege ferenda Regelung auf. Sollte das Ziel eine generelle und einheitliche, die verschiedenen Seiten des Umweltschutzes umfassende Regelung sein, oder die Schaffung solcher Gesetze, die nur die einzelnen Teilgebiete erfassen? Nach seiner Meinung seien die Grundprobleme auf jedem Gebiet die selben, infolgedessen müssten sie prinzipiell

einheitlich geregelt werden. Aufgrund dieser einheitlichen Regelung könnte dann die Erlassung der spezifischen Normen erfolgen, die den Erfordernissen der einzelnen Teilgebiete entsprechen. Das gilt auch für das Arbeitsrecht. Ich meine, die Annahme dieser Konzeption könnte die einzige richtige Lösung sein.

Dr. Vojtech Tkac /Universität, Kosice/

Erlauben Sie mir bitte, dass ich die Teilnehmer der Beratung, die Vertreter der SAFARIK Universität für Rechtswissenschaften in Kassa, die die jüngste Unstitution für Rechtswissenschaften in CSSR ist, vom Herzen begrüße. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und bedanke, dass ich an diesem Kollokvium teilnehmen kann.

Die Fragen der heutigen Beratung sind in gegenseitigen Verbindung mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft.

Die Entwicklung der Produktionskräfte, die auch von dem "state of the art", vom Niveau, von der Wirksamkeit der Wissenschaft abhängig sind, determiniert die Voraussetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution und das Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse und dient sogar als Mittel der Anordnung des sozialistischen Arbeitsrechtes. In dem sozialistischen Arbeitsrecht werden die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. In der sozialistischen Gesellschaft ist die Entwicklung der wissenschaftlichen Technik das Ergebnis der zielbewussten Tätigkeit der kommunistischen Partei CSSR.

Genosse Husak, Generalsekretär der KP CSSR hat in seinem Referat am XV. Parteikongress im April dieses Jahres Folgendes vorgetragen:

"Der XV. Parteikongress hat die Aufmerksamkeit auf die Verbreitung der Wissenschaft und Technik gerichtet. In der